



Antrag zum Bundesausschuss
in Duisburg
30.09. - 01.10.2006

Antragsteller: **Bezirk Niederbayern / Oberpfalz und Franken**

Betrifft: **Gegen den größten Staatsumbau der BRD**

Der Bundesausschuss möge beschließen:

1 In Anbetracht dessen, dass derzeit in der BRD ein großer Abbau demokratischer
2 Rechte stattfindet, bürgerliche Rechte zunehmend mehr eingeschränkt werden und der
3 Einsatz der Bundeswehr im Inneren forciert wird, betonen wir als Sozialistische Jugend
4 Deutschlands – Die Falken deutlich:

5
6 Diese Maßnahmen laufen den Interessen der arbeitenden Klasse, den Kindern und
7 Jugendlichen zuwider. Deshalb wehren wir uns gegen:

- 8 - den Einsatz der Bundeswehr im Inneren
- 9 - die Verlängerung und Ausweitung der „Schily-Pakete“
- 10 - die Einführung der Anti-Terror-Datei und weiterer Datensammlung auf Vorrat
- 11 - die Einschränkung von Grund- und Freiheitsrechten, insbesondere dadurch,
12 dass Presse- und Versammlungsfreiheit in die Hände der Länder gegeben
13 werden
- 14 - die damit einhergehende und weiter vorangetriebene Zentralisierung des
15 Gewaltenapparates
- 16 - gegen weitere Militarisierung nach innen wie außen

17
18 Unsere unbedingte Aufgabe ist, uns auf allen Ebenen mit diesen gefährlichen
19 Entwicklungen auseinanderzusetzen, Positionen zu erarbeiten und an der Formierung
20 einer gesellschaftlichen, demokratischen Bewegung aktiv mitzuwirken.

21
22 Deshalb ist der Bundesvorstand dazu aufgefordert, in der Vorbereitung auf die
23 Bundeskonferenz 2007 diese Thematik als Schwerpunkt zu setzen. Dazu gibt der
24 Bundesvorstand im Vorfeld der Bundeskonferenz Informationsmaterialien an die
25 Gliederungen heraus.

26
27 Begründung:

28
29 Einsatz der Bundeswehr im Inneren:

30 Wenn in der Geschichte dieses Landes das Heer im Inneren eingesetzt wurde, dann
31 stets um den Kampf der Arbeiterklasse und Streikbewegungen zu unterdrücken,
32 Demonstrationen aufzulösen und das Ausüben demokratischer Rechte unmöglich zu
33 machen. Der Einsatz des Heeres im Inneren war und ist antidemokratisch. Laut dem
34 Weißbuch des Verteidigungsministeriums und anderen Verlautbarungen des
35 Verteidigungs- und Innenministeriums sollen bis zu 250.000 Soldaten für den Einsatz im
36 Inneren bereit stehen: 25.000 Soldaten sollen ständig für den „Heimatschutz“ in 50
37 vernetzten Regionalbasen mit jeweils einer Stärke von 500 SoldatInnen stationiert sein,
38 um ihre „originären Aufgaben“ wahrzunehmen. Durch intensive Nutzung des
39 Reservistenpotentials sollen im Ernstfall bis zu 5000 Soldaten pro Regionalbase bereit
40 stehen können.

41 Zudem soll die zivilmilitärische Zusammenarbeit ausgebaut werden. Damit wird die
42 Militarisierung der Gesellschaft weiter vorangetrieben. Laut Weißbuch: „Es gilt, Krisen
43 und Konflikten dort rechtzeitig zu begegnen, wo sie entstehen, und dadurch ihre
44 negativen Wirkungen von Deutschland und seinen Bürgern möglichst weitgehend fern
45 zu halten.“ Angriffe auf kritische Infrastrukturen im Inland können eine massive
46 Auswirkung auf den gesellschaftlichen Zustand Deutschlands haben: Streitkräfte
47 müssen daher darauf eingestellt sein, auch im Inland ihre **originären** Fähigkeiten
48 auszuüben.

49
50 Verlängerung der Schily Pakete:
51 Die von uns eindeutig abgelehnten Schily Pakete sollen um weitere fünf Jahre, also bis
52 2012 verlängert werden.

53
54 Zudem sollen die Auskunftsbefugnisse „*praxisnah fortentwickelt und ergänzt*“¹ werden,
55 d.h. die Auskunftsbefugnisse, die bisher dem Bundesamt für Verfassungsschutz
56 zustanden, werden auf BND und MAD ausgeweitet, sowie auf das Schengener
57 Informationssystem.

58 **Verfassungsschutz, MAD, BND** dürfen von nun an auf Daten aus dem Zentralen
59 Fahrzeugregister ohne Anfrage zugreifen – die Datenbanken werden vernetzt.

60 **Alle Nachrichtendienste** dürfen jederzeit Kontodaten abfragen.

61 Bisher waren, rein gesetzlich betrachtet, die erweiterten Datenauskunftsbefugnisse
62 beschränkt auf Bestrebungen, die sich gegen *das friedliche Zusammenleben der Völker*
63 richten. Aber da „*das friedliche Zusammenleben in Deutschland nicht minder ein hohes*
64 *Schutzgut darstellt*“, sind sämtliche vernetzte Datenbanken nun auch zu nützen, um
65 „*sonstige extremistische Bestrebungen*“ zu beobachten: „*Das Gesetz nimmt dadurch*
66 *auch den „homegrown“ Terrorismus – einschließlich der „geistigen Brandstifter“ – in den*
67 *Focus, ohne dabei auf dem rechten oder linken Auge blind zu sein.*“

68 Weiterhin werden die präventiven Kompetenzen des BKAs weiter ausgebaut.

69
70 Noch nicht erlaubter Datenzugriff wird also nun **allen** – Polizei wie Nachrichtendiensten
71 – gestattet. Sprich sämtliche Daten laufen zusammen. Es gibt also mehrere
72 Datenbanken, auf die – und das ist auch neu – **alle** – Polizei wie Nachrichtendienste –
73 ohne Anfrage online Zugriff haben. Die Datenerhebungsmöglichkeiten von allen werden
74 noch erweitert durch die Möglichkeit, Kontodaten, Verkehrsdaten und Zoll/Grenzdaten
75 jederzeit und durch **alle** einzuholen. Angekündigt ist jetzt schon, dass durch kleinere,
76 und damit für uns leichter zu übersehende Gesetzesänderungen bzw.
77 Gesetzeserlassungen die Befugnisse und Möglichkeiten noch mehr erweitert werden
78 sollen.

79

¹ Alle kursiven Stellen aus der Begründung des Gesetzes.

80 Seit 14.12.2004 existiert außerdem ein Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum in
81 Treptow, das ermöglicht, dass 40 Bundes- und Länderbehörden, Bundeskriminalamt,
82 Landeskriminalämter, Bundesnachrichtendienst, Bundesamt für Verfassungsschutz,
83 Landesamt für Verfassungsschutz, Militärischer Abschirmdienst, Bundespolizei,
84 Zollkriminalamt, Generalbundesanwalt und das Bundesministerium für Migration und
85 Flüchtlinge zusammenarbeiten

86

87 Einführung der Anti-Terror-Datei

88

89 Zunächst ist der Zugriff auf die Abfrage eines Index beschränkt, es sind nur Grunddaten
90 zu identifizieren. Angegeben wird im Index aber auch, an welcher Stelle sich der volle
91 Datensatz befindet. Laut Beschluss der Bundesinnenministerkonferenz am 4.
92 September 2006 ist der weitere Weg folgendermaßen: „Die abfragende Stelle fordert
93 dort die Freigabe der weiteren Daten an, die umgehend erteilt wird. Die Kommunikation
94 zwischen den Beteiligten ist Ziel dieser Regelung.“ Also auch hier: Weitere
95 Zentralisierung! Außerdem sind die verschiedenen Zugreifenden – also BND, MAD,
96 BKA, LKAs und Verfassungsschutzämter – verpflichtet, die gesammelten Daten
97 abzuspeichern, um eine möglichst umfassende *zentrale* Datensammlung zu
98 gewährleisten. Also noch ein Zuschlag an die Zentralisierung, hinzukommend durch die
99 GG-Änderung vom Juli, wo das BKA die alleinige Zuständigkeit für die Abwehr von
100 „Gefahren des internationalen Terrorismus“ bekommen hat.

101 Inhalt der Anti-Terror-Datei (soweit bekannt):

102 - Identifizierende Angaben

103 - Informationen, die für die Gefährdungseinschätzung nötig sind:

104 - Zugehörigkeit zu terroristischen Vereinigungen

105 - Waffenbesitz

106 - Telekommunikations- und Internetdaten

107 - Bankverbindungen

108 - Schließfächer

109 - Schul- und Berufsausbildung

110 - Arbeitsstelle

111 - Familienstand

112 - Religion

113 - Reisebewegungen

114 Diese Informationen sind allerdings beispielhaft genannt – eine abschließende
115 Eingrenzung der zu sammeln erlaubten Daten wird es wohl nicht geben.

116 Und: Auch Daten von Kontaktpersonen dürfen abgespeichert werden, wenn sie als
117 Unterstützer einer Person, die in der Datenbank vorkommt, gilt. Daraus lässt sich
118 schließen, dass die Datensammlung enorm ausgeweitet werden kann.

119

120 Einschränkung von Grund- und Freiheitsrechten

121

122 Das Presse- und Versammlungsrecht kann durch die Grundgesetzänderung vom 30.
123 Juni 2006 an von Land zu Land verschieden sein, es gibt keine klare,
124 bundeseinheitliche Rechtslage mehr. Dies ist eine Abkehr von einer
125 bundeseinheitlichen Regelung, die es ermöglicht, dass in einzelnen Ländern diese
126 Rechte enorm eingeschränkt werden können.

127

128 Weiteres erfolgt mündlich.

129

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

sonstiges: